

# DEUTSCHE WIRTSCHAFT

## Die deutsche Wirtschaft im Sommer 1958

Die Krise im Nahen Osten hat die Wirtschaft der Bundesrepublik, wie der ganzen westlichen Welt, weniger berührt, als man nach Lage der Dinge annehmen mochte. Es kam nur selten zu Angstkäufen der Hausfrauen und übereilten Dispositionen von Industrie und Handel. Die Erfahrungen mit der Korea- und der Suezkrise scheinen die Menschen davon überzeugt zu haben, daß politische Brandherde heutzutage lokalisiert werden können.

Die Börsen haben natürlich zunächst sehr nervös reagiert. Es gab teilweise heftige Rückschläge. Eine kräftige Erholung ließ aber nicht lange auf sich warten. An den westeuropäischen Plätzen wurden insbesondere Aktien der britischen und holländischen Ölgesellschaften von starken Kursrückgängen betroffen. Wallstreet meldete nur verhältnismäßig geringe Einbußen. Der Dow-Jones-Index der New Yorker Börse fiel auf 477 Punkte, kletterte aber schon einen Tag später auf 486, den bisher höchsten Stand des Jahres 1958. Während der Suezkrise fiel der gleiche Index in kürzester Frist von 500 auf 466. In der Bundesrepublik kam es vor allem zu Abgaben des Auslandes. Die deutschen Standardwerte der chemischen und elektrischen Industrie und der Banken standen vorübergehend unter Druck. Es kam zu Abschlägen bis zu 20 Punkten. Auf den anderen Märkten hielten sich die Verluste im Rahmen von 2 bis 5 Punkten. Sie sind inzwischen wieder ausgeglichen worden.

Auf den Rohstoffmärkten sind bei „politischen“ Waren, wie Wolle, NE-Metallen, Zucker und Kautschuk, Preissteigerungen ausgelöst worden. Von 41 Rohstoffen sind unmittelbar nach der Bagdadrevolte 22 gestiegen, 8 sind gesunken, 11 haben sich nicht verändert. Die Preisaufschläge nach oben erfolgten, ähnlich wie an den Effektenbörsen, bei weitem nicht in dem Maße wie zur Zeit des Koreakonflikts. Auch hier ist der internationale Preisauftrieb schnell wieder abgefangen worden.

\*

Die wirtschaftliche Lage ist jetzt verhältnismäßig ruhig, was — nachdem die Gefahr eines bewaffneten Konflikts beseitigt ist — entscheidend auf die sommerliche Flaute und die allgemeine Ungewißheit über die künftigen konjunkturellen Entwicklungen zurückzuführen ist. Man muß sich — aufs Ganze gesehen — mit folgenden konjunkturellen Tatbeständen vertraut machen: Die Expansionskräfte klin-

gen ab. Die Ausnutzung der in den letzten Jahren beträchtlich erweiterten Produktionskapazitäten ist leicht rückläufig. Da und dort setzt sich ein „Käufermarkt“ durch. Der Wettbewerb verschärft sich, und die Wünsche nach Kartellbindungen aller Art werden dringender. Der Export stagniert. Viele Preise geben nach, wovon allerdings bei den Verbraucherpreisen für Konsumgüter noch nichts zu spüren ist. Die Nachfrage nach Waren des gehobenen Bedarfs und die Bautätigkeit wirken belebend, während die traditionellen Verbrauchsgüter weniger gefragt sind und sich im Grundstoffbereich weiterhin Schwächeerscheinungen zeigen.

In der Begründung der am 26. Juni in Kraft getretenen Senkung des Diskontsatzes von 3 1/2 auf 3 vH weist die Deutsche Bundesbank darauf hin, daß die innerwirtschaftliche Situation eine solche Maßnahme nicht nahegelegt habe. Die Konjunktur bewege sich nach wie vor auf unvermindert hohem Stand, da den depressiven Einflüssen, die seit einiger Zeit von der Verminderung der Auslandsnachfrage und den Bestrebungen zum Lagerabbau ausgehen, eine leichte Zunahme der Investitionstätigkeit, vor allem der Bauinvestitionen, und ein starker Anstieg der Nachfrage nach längerlebigen Konsumgütern gegenüberstünden. Die Arbeitslosigkeit habe in diesem Sommer einen neuen konjunkturellen Tiefstand erreicht. (Die Zahl der Beschäftigten hat im Juni die 20-Millionengrenze überschritten.) Im Hinblick auf die Preisentwicklung hätten gegen eine neue Diskontermäßigung sogar gewisse Bedenken bestanden. Das Bundeswirtschaftsministerium spricht davon, daß das konjunkturelle Gesamtbild bei ruhiger Fortentwicklung auf dem erreichten hohen Stand ausgeglichen sei.

Solche Diagnosen sind mit einiger Vorsicht zu genießen. Ihr wohlabgewogener Optimismus ist politisch sicherlich nützlich. Er kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in unserer Wirtschaft einige schwache Stellen gibt. Diese partiellen Schwierigkeiten können, wenn sie nicht behoben werden, weitgreifende Folgen für die Gesamtwirtschaft haben. Verständlicherweise mehren sich deshalb die Stimmen, die eine vorbeugende Therapie fordern. Es sind nicht nur die Gewerkschaften, sondern seit neuestem sogar der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und einige Industrie- und Handelskammern, die eine aktive Konjunkturpolitik als die richtige Haltung der Bundesregierung in der augenblicklichen Situation betrachten.

Offenbar wartet man in Bonn aber noch ab, wie die Dinge weiterreihen, in der Hoffnung, daß sich alles von selbst einrenke. Daß dieses Abwarten nicht ganz ungefährlich ist, liegt auf der Hand. Die Berliner Bank schreibt dazu in einem ihrer letzten Börsenbriefe<sup>1)</sup> sehr zu Recht: „Gerade das Abwarten kann den Aus-

1) Börsenbrief der Berliner Bank AG vom 4. Juli 1958.

schlag zur Seite der Depression hin geben. Darin liegt ein großes Risiko. Inflationäre Einflüsse können, wenn sie sich zeigen sollten, leichter neutralisiert werden als ein deflationärer Prozeß. Bei Nachlassen der Wirtschaftstätigkeit kann die Notenbank zwar die kreditpolitischen Zügel lockern, sie hat jedoch keine Möglichkeit, den Wirtschaftsprozeß direkt wieder anzuregen, da das im wesentlichen vom Willen der Wirtschaft, zu investieren, abhängig ist. Wenn also grundsätzlich eine inflationäre Entwicklung sich leichter meistern läßt als eine deflationäre, dann sollte auf jeden Fall Vorsorge getroffen werden, daß eine depressive Tendenz gar nicht erst zum Zuge kommt. Denn wenn eine Kontraktion erst eintritt, dann ist eine schnelle Heilung kaum noch möglich.“

\*

Die westdeutschen Konjunkturforschungsinstitute haben kürzlich ein günstiges Urteil über die künftige Entwicklung abgegeben. Sie sagen, daß die dämpfenden Faktoren der Konjunktur allmählich auslaufen. „Die das wirtschaftliche Wachstum bestimmenden Kräfte waren in Westdeutschland auch im ersten Halbjahr 1958 stark genug“, so heißt es in der Halbjahresdiagnose der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute<sup>2)</sup>, „um die Gesamtnachfrage und die gesamte Produktionsleistung weiterhin gegenüber dem Vorjahr ansteigen zu lassen. Allerdings hat sich das nominale und reale Wachstum merklich verlangsamt.“

Die Institute sind der Auffassung, daß sich das reale Wachstum des westdeutschen Sozialprodukts in der zweiten Jahreshälfte 1958 — am Vorjahrsstand gemessen — nicht weiter abschwächen, sondern eher verstärken wird. „Die Entwicklung des Sozialprodukts kann deshalb verhältnismäßig günstig beurteilt werden, weil mit wieder verstärkter Zunahme der Investitionen und einer sich beschleunigenden Ausweitung des Staatsverbrauchs zu rechnen ist, und dies bei sich erhöhendem Kassendefizit der öffentlichen Haushalte und weiter steigenden Aktivsaldo der Leistungsbilanz. Demgegenüber wird sich das Wachstum des privaten Verbrauchs erheblich verlangsamen.“

Das allgemeine Wachstum von Produktion und Beschäftigung schließe nicht aus, daß es in einzelnen Bereichen der Wirtschaft zu Stagnation, ja sogar zu leichten Produktionseinschränkungen kommt, wo hohe Lagerbestände den Zusammenhang zwischen Verbrauch und Produktion unterbrochen haben. In Teilbereichen des Arbeitsmarktes könnten sich trotz erhöhter Mobilität der Arbeitskräfte allerdings Verknappungen ergeben. Die Vollbeschäftigung, so meinen die Institute, werde somit erhalten bleiben. Man müsse zwar mit einem kleineren Grad der Kapazitätsauslastung in der Industrie

2) Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, vom 11. Juli 1958, S. 111 ff.

rechnen, doch ließen die Angaben über die Investitionsplanungen kaum eine Beeinträchtigung des realen Wachstums erwarten.

„Mit einer Abschwächung der Investitionsbereitschaft müßte aber wohl gerechnet werden, wenn die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen mit der Zeit nicht wieder kräftig zunähme. Ob dies noch im laufenden oder erst im nächsten Jahr der Fall sein wird, hängt weitgehend auch von der wirtschaftlichen Entwicklung im Ausland ab. Würde sich der Auftragseingang in der Industrie nicht wieder beleben, so könnten ernstliche Gefahren für das gesamtwirtschaftliche Wachstum nicht ausbleiben.“

Das Hamburgische Weltwirtschaftsarchiv schloß sich der Annahme, daß das reale Wachstum des westdeutschen Sozialprodukts sich bereits in der zweiten Hälfte 1958 nicht weiter abschwächen, sondern eher verstärken wird, nicht an. Seine Beurteilung der voraussichtlichen Entwicklung, insbesondere der Investitions- und Exporttätigkeit, in den kommenden Monaten ist ungünstiger. Vor dem Frühjahr 1959, unter Umständen sogar noch später, kommt nach dieser Analyse kein Tendenzwandel in Betracht. Diese Auffassung deckt sich übrigens mit der des amerikanischen „Journal of Commerce“.

Die weniger optimistische Betrachtungsweise findet eine Bestätigung in den inzwischen bekanntgewordenen Zahlen über die Auftragsengänge im Mai. Sie waren, nun schon fünf Monate hintereinander, geringer als im gleichen Vorjahrsmonat.

Verursacht wurde dieser Rückgang vor allem durch das Absinken der Nachfrage aus dem Ausland. Die ausländischen Bestellungen an Investitionsgütern erreichten nicht einmal den Stand des Jahres 1955. Bei Konsumgütern waren die Auftragseingänge geringer als im Jahre 1956. Daneben zeigt sich aber auch eine stärkere Verringerung der inländischen Nachfrage, nun sogar auch im Investitionsgüterbereich, wo in den vergangenen Monaten noch recht beachtliche Zuwachsraten zu verzeichnen waren. Erstmals im März und jetzt auch im Mai erreichten hier die Inlandsbestellungen nicht mehr das Vorjahrsniveau. In den Grundstoff- und Verbrauchsgüterindustrien liegen die inländischen Auftragseingänge schon seit dem Herbst unter dem Vorjahrsniveau. Wenn diese in den Auftragseingängen sichtbar gewordenen Tendenzen anhalten, würde sich die Prognose der Institute für den Bereich der Investitionen als zu optimistisch erweisen<sup>3)</sup>.

\*

Zu den Faktoren, die das konjunktionale Wachstum schwächen, gehört die Exportentwicklung, die seit einiger Zeit ein Stadium erreicht hat, so schreibt die Bundesbank<sup>4)</sup>, das

3) Siehe Börsenbrief vom 11. Juli 1958.

4) Monatsberichte a.a.O. S. 24.

man auch bei längerfristiger Betrachtung nur noch als Stagnation charakterisieren kann. Der Exportumsatz war in den ersten fünf Monaten dieses Jahres zusammengekommen nur um 1,7 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, während damals im Vergleich zum vorangegangenen Jahr noch eine Zuwachsrate von 22,8 vH zu verzeichnen war. Der seit Anfang vorigen Jahres zu beobachtende Rückgang der Auslandsaufträge habe sich inzwischen insoweit auf die effektiven Exportumsätze ausgewirkt, als er einen weiteren Anstieg des Verhältnisses zwischen Auftragseingang und Export praktisch unterbunden hat. Aus dem Umsatz seit dem Sommer des letzten Jahres gehe hervor, daß die tatsächlichen Exportlieferungen durch die laufende Nachfrage kaum mehr ganz gedeckt waren, so daß eher mit einer tendenziellen weiteren Abnahme des Exports gerechnet werden muß, es sei denn, daß sich die Neuaufträge wieder verstärken, bevor die Aufarbeitung der — zum Teil freilich immer noch hohen — unerledigten älteren Aufträge weitere Fortschritte gemacht hat.

Andere schwache Stellen unserer Wirtschaft sind die Nachfragerückgänge im Bergbau, in der eisen- und stahlerzeugenden Industrie und in der Textilwirtschaft. Die Auftrags schrumpfungen konnten allerdings eine Zeitlang aufgefangen werden, weil noch erhebliche Auftragsbestände verfügbar und die Lieferungen auf einem verhältnismäßig hohen Niveau zu halten waren. In vielen Fällen haben die Produzenten bisher versucht, die Wirkungen der Auftrags einschränkungen in einer Erhöhung der eigenen Läger zu neutralisieren und damit Beschränkungen der Produktion zu umgehen. Im Produzentenbereich hat daher die unfreiwillige Lagerbildung in letzter Zeit zum Teil beträchtlichen Umfang angenommen. Das beste Beispiel dafür sind die wachsenden Kohlenhalden. „Diesen Weg durchzuhalten ist jedoch im Laufe der Zeit vielfach schwieriger geworden, so daß gewisse Produktionseinschränkungen unvermeidlich geworden sind, wenn sie auch noch kaum in einem Falle ein ähnliches Maß angenommen haben wie in anderen Ländern, in denen der Konjunkturverlauf zur Zeit ebenfalls stark durch derartige ‚lagerzyklische‘ Reaktionen bestimmt wird“<sup>5)</sup>!

Die Haldenbestände im westdeutschen Steinkohlenbergbau betragen zur Zeit rund 9 Mill. Tonnen. Bei den industriellen Verbrauchern sowie den Verkehrs- und Versorgungsbetrieben liegen rund 12 Mill. Tonnen. Damit ist in der Bundesrepublik ein Vorrat an festen Brennstoffen vorhanden, der weit über 20 Millionen Tonnen wiegt. Er ist größer als je zuvor. Die durch Feierschichten ausgefallene Förderung beträgt rund 800 000 Tonnen. Die Zahl der Feierschichten beläuft sich auf über 680 000. Der Lohnausfall wird auf rd. 16 Mill. DM geschätzt. Zehn Schachtanlagen haben nach Mel-

dungen der Industriegewerkschaft Bergbau bereits fünf Feierschichten für ihre Belegschaften eingelegt. Bei weiteren zehn Schachtanlagen mußte schon viermal gefeiert werden. Die übrigen von Feierschichten betroffenen 55 Anlagen haben die Förderung zwischen ein- und dreimal ausfallen lassen. Im Bergbau wird befürchtet, daß die Halden weiter wachsen. Da die Lagermöglichkeiten bei etwa 10 Mill. t erschöpft sind, ist mit neuen umfangreichen Feierschichten zu rechnen.

In der Eisen- und Stahlindustrie mußte teilweise die Produktion eingeschränkt und Kurzarbeit eingeführt werden. Einige tausend Arbeiter wurden entlassen. Die Lieferfristen haben sich verkürzt. Der Ausnutzungsgrad der Stahlwerkskapazität beträgt zur Zeit etwa 80 vH. Die Preisentwicklung zeigt eine fallende Tendenz. Im ersten Halbjahr 1958 ist die Roheisenerzeugung gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 3 vH zurückgegangen, die Rohstahlerzeugung ist gleichgeblieben, die Walzstahlerzeugung um 0,8 vH und die Erzeugung der Gießereien um 7,6 vH gefallen. Eine Produktionszunahme hat sich allein bei der Eisenerzförderung (um 4,7 vH) ergeben.

Solchen negativen Erscheinungen stehen glücklicherweise auch positive Faktoren gegenüber. Die Deutsche Bundesbank nennt darunter u. a. vor allen Dingen die anhaltende Auflockerung der Kreditmärkte, vor allem des Kapitalmarktes, die insbesondere den Bauinvestitionen einen neuen Auftrieb gegeben hat, wovon in erster Linie der Wohnungsbau begünstigt worden ist. Im Mai ist nach dem letzten Bericht des Bundeswohnungsbauministeriums die Arbeitsleistung je Arbeitstag im Bauhauptgewerbe trotz der kürzeren Arbeitszeit erstmalig wieder über die der Vergleichszeit im Vorjahr hinausgegangen. Der Bauwert der in den ersten fünf Monaten 1958 insgesamt genehmigten Hochbauten lag um 10 vH über den Ergebnissen des gleichen Zeitraumes 1957. Selbst bei einer Ausschaltung der Preisveränderungen bleibt eine reale Zunahme der beabsichtigten Hochbauten um mindestens 5 bis 6 vH. Die Zahl der zum Bau genehmigten Wohnungen lag im Mai um nahezu 4 vH über den Vorjahresresultaten. Der Auftragseingang sämtlicher Sparten der Baustoffindustrie hat sich beträchtlich erhöht. Nach Schätzungen des interministeriellen Arbeitsausschusses Bauwirtschaft wird das Bauvolumen 1958 etwa so groß sein wie im Vorjahr. Diese Mehrleistung kann nach Ansicht des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie mit den verfügbaren Arbeitskräften bewältigt werden, da die Produktivität gerade im letzten Jahr zugenommen hat.

Eine wesentliche Stütze des konjunkturellen Aufschwunges ist seit langem die Nachfrage nach längerlebigen Verbrauchsgütern, vor allem nach Kraftwagen, elektrotechnischen Haushaltsgeräten, Rundfunk- und Fernsehapparaten, Phonoartikeln. Die Entwicklung läßt sich am

5) Monatsberichte a.a.O. S. 26.

besten an den Einzelhandelsumsätzen ablesen. Die in den ersten fünf Monaten dieses Jahres erzielten wertmäßigen Umsätze mit Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten waren um 21 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, während sich die Steigerung des gesamten Einzelhandelsumsatzes in dieser Periode auf 7 vH beschränkte. Die Neuzulassung von Personenkraftwagen war in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres mit 263 000 Einheiten um fast 42 000 Einheiten höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Unsere Wirtschaft befindet sich — nimmt man alles in allem — an einem Kreuzweg. Es ist noch nicht mit Sicherheit zu sagen, in welcher Richtung sie sich in der nächsten Zukunft bewegen wird. Starke Auf- und Abwärtstendenzen stehen im Widerstreit zueinander. Es ist kaum damit getan, sich in einer solchen Situation auf die Selbstheilungskräfte einer „freien“ Wirtschaft zu verlassen. Wie die große Krise der dreißiger Jahre gezeigt hat, kann man bei dieser Methode schnell in einen Schrumpfungsprozeß hineingeraten, aus dem es kein Entrinnen mehr gibt. *Richard Becker*